

Gegen die Ausschaltung des Kaufmannes bei der Lebensmittelversorgung.

Einige praktische Vorschläge.

Von Dr. Rudolf Ziegler.

Sekretärstellvertreter der Wiener Handelskammer.

Wien, 17. Mai.

Der in Ihrem Blatte vertretene Auffassung, daß der Kaufmannstand der Nahrungspolitik dienstbar gemacht und nicht ausgeschaltet werden soll, stimme ich vollständig zu, zumal der Beweis für die Wichtigkeit dieser Anschauung durch die bisherigen Erfahrungen, die man bei der Verdrängung des Handels gemacht hat, schwer erbracht werden kann. Gewiß hat diese Institution ihre Mängel wie jede andere, aber die kaufmännische Mitarbeit darf deshalb nicht verloren gehen. Eine Einrichtung, die sich im Laufe der Zeit so eingelebt hat, verfügt naturgemäß trotz aller Unzulänglichkeiten über Beziehungen und über eine Sachkunde, die beim besten Willen durch eine andere Organisation nicht ersetzt werden können. Es genügt auch nicht, zur Mitarbeit einzelne bevorzugte Vertreter des Handels, also gleichsam einen Ausschnitt aus diesem Berufszweige, heranzuziehen, sondern man muß — natürlich unter Ausschluß von unläuterer Elementen — nach Möglichkeit dem ganzen Handel die Betätigung erleichtern. Wir haben ja gerade bei der Eierversorgung durch die „Miles“ gesehen, daß die Ausschließung des größten Teiles der Händler zu sehr nachteiligen Folgen geführt hat. Es ist vom menschlichen Standpunkte nicht ganz unbegreiflich, daß solche Zurücksetzungen damit quittiert werden, daß man der monopolisierten Bezugsstelle vor Augen führen will, daß sie der Mitarbeit der zurückgewiesenen Händler nicht entraten könne. Das ist gewiß auch geschehen und der Konsum mußte die Folgen für den Ausschluß tüchtiger Vertreter der Kaufmannschaft tragen. Gerade der Wiener Eierhandel war ausgezeichnet organisiert, und ich glaube, daß die Deckung des Bedarfes jedenfalls viel glatter vor sich gegangen wäre, wenn man den Händlern gestattet hätte, ruhig fortzuarbeiten. Nach meiner Ansicht hätte man allerdings Höchstpreise festsetzen sollen, die dem Landwirte wenigstens das Interesse hätten bieten müssen, die Eier auf den Markt zu bringen, statt sie im eigenen Haushalte zu verwenden. Auf die Frage der Höchstpreise im allgemeinen werde ich im weiteren Verlaufe noch zu sprechen kommen. Hinsichtlich der Eierversorgung scheint mir auch darin ein Mangel gelegen zu sein, daß der Transport von einem Kronlande in das andere infolge der Bewilligungen zur Beförderung der Ware und der Verpflichtung, die Eier der „Miles“ anzubieten, mit so viel Schwierigkeiten verbunden war. In der Provinz, in Südböhmen und Mähren haben zahlreiche Verbindungen mit Wiener Gemischtwarenhandlern wegen der regelmäßigen Eierlieferung bestanden. Diese Verbindungen sind ausgeschaltet worden, die Eier waren der „Miles“ anzubieten, bevor letztere ihre Entscheidung fällte, verging wieder einige Zeit und mit der günstigen Verkaufsgelegenheit war es vorbei, so daß diese Lieferanten in der Provinz, bevor sie sich den erwähnten Schwierigkeiten unterzogen, lieber die Eier um einen billigeren Preis in der Umgebung loszuschlagen. Ich glaube also, daß die Transportbewilligungen, die den freien Handel erschweren, aufgehoben, die „Miles“ nur als preisregelnder Faktor fungieren und entsprechende Höchstpreise festgesetzt werden sollten, welche die Interessen der Landwirte und des Handels wahren, dann aber strenge aufrecht erhalten werden müßten.

Hinsichtlich der Höchstpreise teile ich gleichfalls Ihre Auffassung, daß es töricht wäre, aus Mängeln und Schwierigkeiten das Versagen der Höchstpreise schon jetzt zu behaupten. Man kann sich auf diesem Gebiete, wie Ihr Blatt richtig sagt, infolge des Mangels an Erfahrungen nur tastend fortbewegen. Ich möchte glauben, daß ein Fehler darin gelegen ist, daß man die Höchstpreise für landwirtschaftliche Artikel sozusagen bruchstückweise festgesetzt hat, ohne auf den Zusammenhang mit anderen Artikeln zu achten. Man hat eine selbständige Automatik der Höchstpreise für einzelne Artikel hergestellt, ohne sich darum zu kümmern, welche Wirkungen dadurch auf einem anderen Gebiete der Lebensmittelversorgung angesichts der vielverzweigten Zusammenhänge zwischen den verschiedensten Artikeln hervorgerufen werden. Es können dafür leicht einige Beispiele gegeben werden. Verdorbenes Getreide wird heute zum Teile zu einem höheren Preise gehandelt als gutes Getreide. Dampfer Hafer, den die Preisverwaltung zurückgewiesen hat und der außerhalb der Beschlagnahme steht, erzielt einen drei- bis viermal höheren Erlös als guter Hafer. Auch bei den Futtermitteln mußte eine entsprechende Preisregelung eintreten. So hat sich der eigentümliche Fall ergeben, daß Futtererbsen, die für den menschlichen Konsum nicht tauglich sind, sogenannte Bittererbsen, die daher nicht der Verordnung über die Höchstpreise unterliegen, welche für genußfähige Erbsen mit 55 Kronen festgesetzt sind, mit 140 bis 150 Kronen verkauft werden. Durch die kolossale Futtermittelverwertung ist der Landwirt gerade zu einem Vorgang gereizt worden, den man vermeiden wollte, nämlich das gute Getreide zu verfüttern. Die Höchstpreise für Getreide waren ursprünglich sehr hoch, sind aber jetzt gegenüber den Futtermittelpreisen sehr niedrig. Wenn der Landwirt den guten Hafer mit 26 Kronen abliefern muß, dagegen schlechter Mais mit 70 Kronen oder darüber gehandelt wird, so hat er einen Anreiz, das Getreide nicht auf den Markt zu bringen, da der Erlös nur einen Teilbetrag des Preises darstellt, den er selbst für schlechte Futtermittel zahlen muß. Man sollte also für alle landwirtschaftlichen Produkte, jedoch in einer gegenseitigen Relation Höchstpreise festsetzen. Ich glaube nicht, daß sich die Landwirte dagegen sträuben

würden, da sie selbst wissen, wie ihnen in manchen Richtungen übermäßig emporgeschraubte Preise zum Nachteil gereichen. So haben die bestehenden hohen Viehpreise den Landwirten in folgender Weise geschadet: Sie haben den Viehstand im Winter stark reduziert, im Frühjahr aber zur Bestellung der Felder Zugtiere benötigt. Pferde waren nicht zu haben und so wurden Ochsen, ob sie nun geeignet waren oder nicht, von den Landwirten zu den höchsten Preisen gekauft. Auf einem böhmischen Markte konnte von den Händlern nicht ein einziger Zugochse gekauft werden, weil alle von den Landwirten erworben waren, und so fällt die Schuld für einen Teil der Preissteigerung den Landwirten selbst zu.

Hinsichtlich der Kartoffelversorgung finde ich einen Vorgang, der jetzt in Deutschland beobachtet wird, recht zweckmäßig. Ich glaube, daß auch dort die Frage der Kartoffelversorgung früher nicht entsprechend behandelt worden ist. Nun wird in Deutschland der Kartoffelbedarf für den ganzen nächsten Winter festgestellt, die Aerea aufgenommen, berechnet, wie viel die Städte verbrauchen könnten und dem Landwirt von vornherein bekanntgegeben, welche Quote er abliefern muß und welche er für sich behalten kann. Dadurch ist eine Kalkulation und eine geordnete Verteilung möglich. Bisher ist man einen anderen Weg gegangen. Nach der Ernte haben die Behörden die Kartoffel mit Beschlag belegt. Die Landwirte sind kopfsicher geworden und haben viel mehr verborgen, als sie selbst benötigten. Weiß der Landwirt schon lange Zeit vor der Kartoffelernte, wie viel er behalten darf, kann er sich den Konsum, seine Viehhaltung usw. entsprechend einrichten. Wenn er jedoch, wie es in Böhmen geschehen ist, gezwungen wird, die ganzen Kartoffel herzugeben, so ist zu befürchten, daß er die junge, noch im Wachstum begriffene kleine Kartoffel für den eigenen Bedarf heranzieht, wodurch ein kolossaler, den Konsum schädigender Raubbau getrieben wird. Ich halte auch das Absperrungssystem der einzelnen Kronländer nicht für vorteilhaft. Wenn sich Böhmen und Oberösterreich gegenüber Niederösterreich absperrten, kann Wien, das mit regelmäßigen Zufuhren aus Ungarn rechnen muß, natürlich schwer in genügendem Maße versorgt werden. Es ist wohl kein würdiger Zustand, daß die Stadt Wien darauf angewiesen ist, durch Bitten und dringliche Vorstellungen periodisch aus Rußisch-Polen die dort erübrigenden Kartoffeln zu erhalten.

Am schwierigsten scheint mir die Frage der Fettversorgung zu sein. Jedenfalls haben in diesem Artikel große Vorräte stattgefunden. Auch hier spielt der Umstand eine gewisse Rolle, daß für verdorbene Fette, die nicht für den menschlichen Genuß, aber zu technischen Zwecken brauchbar sind, unter Umständen höhere Preise erzielt werden als für Nahrungsfett, für welches Höchstpreise festgesetzt sind. Bei dem Bezug von Fettschweinen sind wir bekanntlich von Ungarn abhängig, das auf die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweine nicht eingehen wollte. Die Schweine sind sehr teuer und der Höchstpreis für Fett scheint mir in keiner richtigen Relation zu dem Preise der Schweine zu stehen. Diese Korrektur könnte heute auch noch vorgenommen werden, darin wäre aber eine Prämie für jene gelegen, die Fett gehamstert haben. Die Besitzer von Fett scheinen damit zu rechnen, daß die Höchstpreise aufgehoben werden und daß sie dann Fett auf den Markt bringen werden. Tatsächlich werden die Höchstpreise jetzt weniger streng gehandhabt. Ich habe seinerzeit, als die prinzipiellen Forderungen für die Höchstpreise aufgestellt wurden, verlangt, daß sie für Fett oder Fleisch nicht bestimmt werden mögen, wenn sie nicht gleichzeitig auch für Schweine eingeführt werden können. Ich habe den Standpunkt vertreten, daß, wenn Ungarn Maximalpreise für Schweine nicht zulasse, man auch auf solche für Fett verzichten müßte. Gerade bei Höchstpreisen macht sich jede Lücke sofort bemerkbar, und ich bin daher dafür, daß Höchstpreise für alle landwirtschaftlichen Artikel, aber in einer gegenseitigen Relation, aufgestellt, daß ferner der Handel, namentlich bei den Artikeln, die einer leichten Verderbnis unterliegen, im weitesten Umfange herangezogen und bei der Kartoffelversorgung dem Landwirte lange Zeit vor der Ernte die Quote für den eigenen Bedarf bekanntgegeben werde. Die handelspolitische Kommission der Gemeinde Wien wird sich in dieser Woche mit diesen für die gesamte Bevölkerung so wichtigen Fragen befassen.